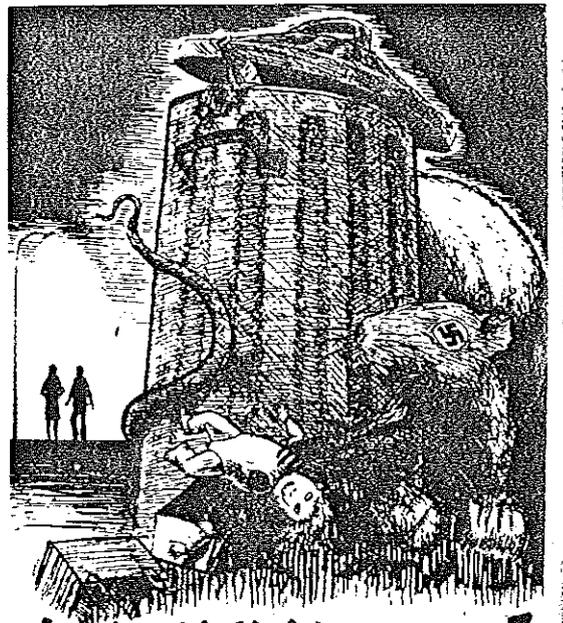
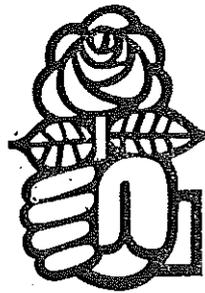
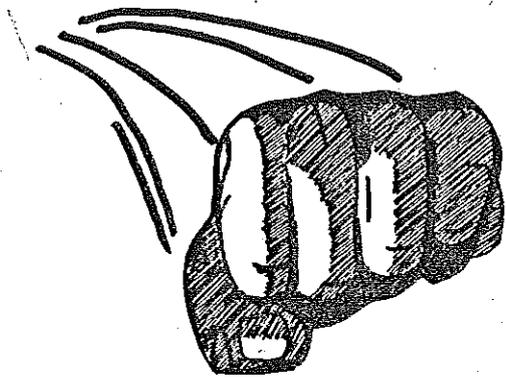


Gegen

2,-

Faschismus



NAZIS RAUS

WACHSAM SEIN!

Eine Textsammlung aus:

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos,
Falken und Gewerkschaften

WAS IST FASCHISMUS?

Bei den Landtagswahlen in Bremen im September 1987 sind zum ersten Mal seit 1969 in der BRD wieder Neonazis in ein Landesparlament gewählt worden. Ausländer, aktive Gewerkschafter und Linke sind zunehmend das Ziel von Attacken der Neonazis. Einige brutale Morde gehen inzwischen auf ihr Konto. Vor allem arbeitslose Jugendliche ohne Zukunftsperspektive stellen heute den sozialen Nährboden der Neofaschisten.

Der Börsenkrach im Oktober 1987 hat auch Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 wachgerufen, in deren Verlauf die Faschisten rasch eine Massenanhängerschaft bekamen.

Ist eine vergleichbare Entwicklung in der kommenden Weltwirtschaftskrise möglich? Wie kann verhindert werden, daß die Neofaschisten wieder Fuß fassen?

Am 30. Januar 1933 kamen die Faschisten unter Hitler in Deutschland an die Macht, ohne daß eine Fensterscheibe zu Bruch ging. Damit hatte die deutsche Arbeiterbewegung ihre größte Niederlage erlitten.

Die Faschisten begannen sofort mit ihrer Hauptaufgabe: die völlige Vernichtung aller Organisationen, die sich die Arbeiterklasse in jahrzehntelangem Kampf aufgebaut hatte: SPD und KPD wurden verboten, die Gewerkschaften zerschlagen, Gewerkschaftshäuser in Brand gesteckt, zehntausende Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, linke Schriftsteller wurden in Konzentrationslager gesperrt, gefoltert und ermordet. Viele von denen, die den faschistischen Terror anfangs überlebt hatten, starben im II. Weltkrieg, dem größten Gemetzel, das die Welt bisher erlebt hat. Mehr als sechs Millionen Juden wurden von den Nazis ermordet.

Wie war es möglich, daß der Faschismus an die Macht kam, ohne daß zuvor ein erbitterter Kampf mit der organisierten Arbeiterbewegung stattgefunden hatte?

Klassenkämpfe

Tatsächlich war dem Sieg des Faschismus in Deutschland eine Periode zugespitzter Klassenkämpfe vorausgegangen. Am Ende des I. Weltkrieges begann im November 1918 die Revolution in Deutschland. Überall im deutschen Reich entstanden Arbeiter- und Soldatenräte, die demokratischen Machtorgane der Arbeiter. Nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution 1917 wollten auch die deutschen Arbeiter den Kapitalismus stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen. Doch die damalige SPD-Führung unter Ebert, Noske und Scheidemann „haßte die soziale Revolution wie die Sünde“ (Ebert) und ließ die Chance einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft ungenutzt. Bis 1923 gab es immer wieder Versuche der Arbeiterklasse, den Kapitalismus zu stürzen. 1920 konnte ein Militärputsch (Kapp-

Putsch) durch einen Generalstreik verhindert werden. Der sich daran anschließende Aufstand der Arbeiter im Ruhrgebiet wurde im Blut erstickt.

Da eine marxistische Führung fehlte, blieb der Kapitalismus letztendlich Sieger. Doch er mußte der Arbeitklasse weitreichende Zugeständnisse machen: den 8-Stunden-Tag, das Betriebsrätegesetz, Arbeitsschutzbestimmungen und demokratische Rechte usw. Auf dieser Grundlage war 1919 die Weimarer Republik errichtet worden. Sie war von Anfang an eine sehr instabile bürgerliche Demokratie. Bis Hitler am 30.1.33 zum Reichskanzler ernannt wurde, hatte es 13 verschiedene Reichskanzler gegeben. Die Ursache dieser politischen Instabilität war die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft.

Wirtschaftliche Probleme

Nach dem Krieg lag die Wirtschaft am Boden. Dazu kam, daß die Kriegsschulden bezahlt werden mußten. Das führte 1923 zu einer großen Inflation. Im Juli 1922 mußten für einen US-Dollar 493 Reichsmark (RM) bezahlt werden, im November 1923 waren es 4,2 Billionen RM. Durch diese Superinflation wurden vor allem die Geldvermögen der kleinen Selbständigen vernichtet. In den Jahren 1924–28 gab es weltweit einen Wirtschaftsaufschwung. Diese Zeit wird oft die „Goldenen Zwanziger Jahre“ genannt, aber trotz Aufschwung lag die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland in derselben Zeit nur in insgesamt 14 Monaten unter einer Million.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland war mit kurzfristigen Krediten, hauptsächlich aus den USA, finanziert worden. Der Börsenkrach 1929 in den USA war das Signal für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932. In ihrem Verlauf wurden Produktivkräfte in einem unvorstellbaren Ausmaß zerstört. Bis 1932 ging die Produktion der deutschen Investitionsgüterindustrie um 53,4% zurück. Das Volkseinkommen schrumpfte von 75,9

MILLIONEN
stehen hinter mir



Der Sinn des Hitlergrußes

Mrd. RM (1929) auf 45,3 Mrd. RM (1932). Die offizielle Zahl der Arbeitslosen wuch von 2,85 Mio. (Januar 1929) auf 6,1 Mio. (Januar 1932 und Januar 1933). Tatsächlich gab es zeitweise über acht Millionen Arbeitslose. Ausgehend von der Basis der wirtschaftlichen Entwicklung von 1919 bis 1933 muß man auch die politische Entwicklung sehen.

Entstehung der Faschisten

Der ursprüngliche Kern der faschistischen Bewegung waren die Freikorps. In ihnen sammelten sich ehemalige Berufssoldaten, u.a. reaktionäre Offiziere, die durch die im Versailler Vertrag vorgeschriebene Begrenzung der Reichswehr auf 100.000 Mann „arbeitslos“ wurden und allerlei gescheiterte Existenzen. Mit Hilfe dieser Banden war der erfolglose Kapp-Putsch unternommen worden. Adolf Hitler stützte sich bei seinem ebenfalls erfolglosen Putschversuch 1923 (Marsch auf die Feldherrnhalle in München) auf die gleichen Kräfte. Damals fehlte den Faschisten noch eine Massenbasis. Die massive finanzielle Unterstützung Hitlers durch die Kapitalisten setzte auch erst 1932 ein, als klar wurde, daß mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie bzw. der Politik der Notverordnungen die Interessen der Kapitalisten nicht gewahrt werden konnten.

Kapitalismus bedeutet Herrschaft einer Minderheit zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausbeutung der Mehrheit. Das Problem der Bourgeoisie, der herrschenden Klasse, besteht darin, ihre (Minderheits-) Herrschaft unter irgendeinem Deckmantel zu sichern. Am be-



Demonstration in Berlin zur Zeit der Novemberrevolution 1918:

Bis 1923 gab es revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus, die immer wieder abgeschlagen wurden.

sten gelingt ihr das mit dem Mittel der bürgerlichen Demokratie. Die Arbeiter dürfen streiken und sich in Parteien und Gewerkschaften organisieren. In freien Wahlen kann jeder seinen Vertreter ins Parlament wählen. So entsteht der Eindruck, alle Klassen seien entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Gesellschaft vertreten. Das funktioniert allerdings nur auf der Grundlage einer halbwegs stabilen Wirtschaft. In Zeiten großer wirtschaftlicher Krisen versuchen die Kapitalisten ihre Profite zu sichern, indem sie Löhne und Gehälter kürzen und die Arbeitsbedingungen verschärfen. Die Arbeiter wehren sich dagegen mit Streiks und politischem Protest. Daraufhin wird zunächst versucht, das Streikrecht und andere demokratische Rechte einzuschränken. Wenn die wirtschaftliche Lage aber immer unsicherer wird, der Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung immer stärker gefährdet ist, dann wird auch der Kapitalismus selbst von den Arbeitern zunehmend in Frage gestellt, die Herrschaft der Kapitalisten beginnt zu wackeln. In dieser Situation gibt es nur noch zwei Wege: entweder Sturz des Kapitalismus oder Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung.

Klassenpolarisierung

Diese Prozesse spielten sich in Deutschland in den Jahren 1929 bis 1933 ab. Als sich die Forderungen der Kapitalisten, u.a. Kürzung der Sozialversicherungsleistung, auf parlamentarischem Wege nicht mehr durchsetzen ließen, begann mit Reichskanzler Brüning 1930 die Zeit der Notverordnungen. Unter Ausschaltung des Reichstages wurden jetzt die zur Rettung der Profite erforderlichen Maßnahmen durchgesetzt. Da aber immer noch nicht endgültig entschieden war, welche Klasse uneingeschränkt herrschen soll-

te, Bourgeoisie oder Proletariat, blieb diese Form der Herrschaft instabil. Auf Brüning folgten in kurzen Abständen die Kanzler Papen und Schleicher, bevor Hitler an die Macht gelangte.

Die Kapitalisten können aber nicht nach Belieben die bürgerliche Demokratie abschaffen. Militärpusche oder die Machtergreifung des Faschismus sind nur möglich, wenn die Arbeiterbewegung zuvor entscheidende Niederlagen erlitten hat. Dem Sieg des Faschismus in Italien 1922 und in Spanien 1939 waren jeweils revolutionäre Massenbewegungen und turbulente Klassenauseinandersetzungen vorausgegangen. In beiden Fällen war die Führung der Arbeiterklasse nicht auf der Höhe ihrer historischen Aufgaben.

In Deutschland hatten die Arbeiter bis 1923 immer wieder versucht, den Kapitalismus zu stürzen. Zu einem Entscheidungskampf zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den Faschisten war es aber vor Hitler Machtergreifung gar nicht erst gekommen.

Spaltung der Arbeiterbewegung

Dabei bekamen SPD und KPD bei den Reichstagswahlen 1928-32 zusammen immer zwischen 36 und 40% der Stimmen. Die mächtigen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, SPD und KPD, die Parteipresse, der „Rot-Frontkämpfer-Bund“ der KPD und das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ der SPD waren noch vorhanden.

Aber die Arbeiterklasse war gespalten. Die Mehrheit der Arbeiter folgte der SPD, der kleinere Teil der KPD. Die SPD-Spitze arbeitete in mehreren Regierungskoalitionen mit Unternehmerparteien zusammen. Während sie davon redete, durch Reformen zum So-

zialismus zu gelangen, beteiligte sie sich an einer Politik des Reformabbaus, trug die Aufrüstungspolitik mit (Panzerkreuzerbau) und tolerierte die Brüning-Regierung.

Doch in dieser Situation wäre eine Einheitsfront von SPD, KPD und Gewerkschaften gegen den Faschismus, den schlimmsten Feind der Arbeiterbewegung, nötig gewesen.

Nach dem Sieg der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion folgte die KPD allen Zickzacks, die Stalin in seiner Außenpolitik vollführte. Dazu gehörte auch die Übernahme der Sozialfaschismustheorie. Stalin und die KPD-Führung hatten eine völlig falsche Einschätzung des Faschismus und betrieben davon ausgehend eine verhängnisvolle Politik. Die KPD-Führung behauptete, Brünings Notverordnungsregierung sei bereits eine „faschistische Regierung“. 1931 unterstützten sie einen Volksentscheid der Nazis gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung.

In der KPD-Zeitung „Die Rote Fahne“ wurde Stalins Sozialfaschismustheorie zitiert: „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder.“

Wie man mit dieser Theorie eine gemeinsame Kampffront von SPD und KPD schaffen wollte, blieb das Geheimnis Stalins.

In seinen Schriften über Deutschland zwischen 1930 und 33 fordert und beschreibt Trotzki immer wieder die Einheitsfront zwischen SPD und KPD. Die KPD hätte auf allen Ebenen, vom Betrieb bis zu den Führungsspitzen, ein Kampfbündnis gegen die Faschisten vorschlagen müssen. Nach dem Motto

„Getrennt marschieren – vereint schlagen“. Die Faschisten wären dann durch die vereinte Macht der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter bekämpft worden.

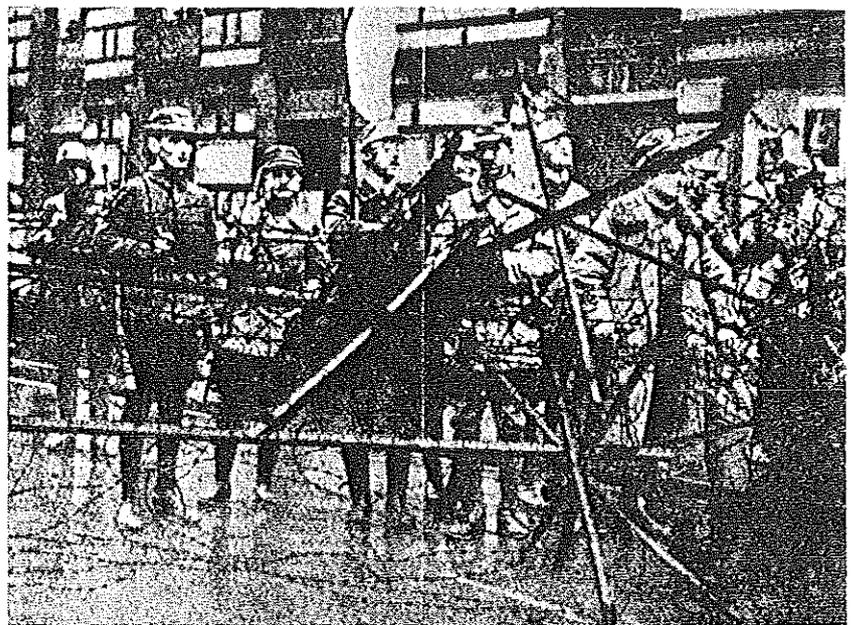
Weil die KPD-Führung aber die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten beschimpfte und die SPD-Führung sich eher auf die Zusammenarbeit mit „demokratischen“ Unternehmerparteien orientierte, kam es nicht zu gemeinsamen Aktionen gegen die Nazis. So führte die Politik der SPD- und KPD-Führung dazu, daß die Arbeiterbewegung wie gelähmt der faschistischen Machtgreifung gegenüberstand.

Aufstieg der NSDAP

Der Faschismus hatte erst im Verlauf der Wirtschaftskrise eine Massenbasis bekommen. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 bekam die NSDAP nur 2,6% der Stimmen, im Juli 1932 aber mit 37,4% ihr höchstes Stimmresultat vor 1933. Die große Mehrheit der Arbeiter hat in diesen Jahren durchgehend SPD oder KPD gewählt. Bei den Betriebsratswahlen im Herbst 1933 bekam die NSBO (NS Betriebsorganisation) keine 3%! Die oft wiederholte Behauptung, die Arbeiter gingen in der Krise nach rechts, widerspricht den historischen Tatsachen.

Die Massenbasis, aus der die Nazis vor allem rekrutierten, bildete das Kleinbürgertum: Bauern, Beamte, kleine Händler, die damals noch rund 50% der Gesamtbevölkerung ausmachten. Viele von ihnen waren durch die Wirtschaftskrise ruiniert. Auch Dauerarbeitslose, die seit Jahren ein elendes Dasein führten und aus ihrer Klasse enturzelt waren, wandten sich schließlich den Nazis zu. Doch der Einbruch in die Arbeiterschaft selbst oder gar in die organisierte Arbeiterbewegung gelang den Faschisten nie.

Im Kapitalismus stehen sich die beiden hauptsächlichen Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, unversöhnlich gegenüber. Das Kleinbürgertum steht zwischen ihnen und wendet sich der Klasse zu, von der es am ehesten die Wahrung seiner Interessen erwartet. In den ersten Jahren nach 1918, als die Arbeiterklasse um die Macht kämpfte, setzten die Kleinbürger ihre Hoffnungen verständlicherweise in die Arbeiterklasse, denn die Kapitalisten schienen zeitweise schon besiegt zu sein. Erst als die Führung der Arbeiterbewegung bis 1923 mehrmals Gelegenheiten, dem Ka-



Putzversuch Hitlers 1923 in München: Noch hatte der Faschismus keine Massenbasis.

pitalismus den Todesstoß zu versetzen, ungenutzt ließen, wandte sich das Kleinbürgertum enttäuscht von den Arbeitern ab. Durch die Inflation 1923 ihrer Ersparnisse beraubt, durch die Wirtschaftskrise ab 1929 endgültig ruiniert, hielten sie nach einer anderen radikalen Lösung ihrer verzweifelten Lage Ausschau. Diese radikale Lösung schien ihnen Hitler und seine faschistischen Banden zu bieten. Mit ihrem brutalen Auftreten in der Öffentlichkeit vermittelten sie den Eindruck von Stärke, mit dem Feindbild des Juden wurde ein Sündenbock und damit eine Erklärung für ihre elende Lage angeboten, mit Parolen gegen das „raffende Kapital“ und Forderungen nach Abschaffung des „arbeits- und mühelosen Einkommens“ gewannen sie die im Kampf gegen die große Konkurrenz unterlegenen Kleinbürger und die rückständigsten Teile der Arbeiterklasse. Man beachte auch den Namen „National-sozialistisch-Arbeiter-Partei“.

So gelang es dem Faschismus, das Kleinbürgertum im Interesse des Kapitals gegen die Arbeiter auf die Beine zu bringen.

Der Faschismus an der Macht

Einmal an die Macht gelangt zeigte der Faschismus seinen wahren Charakter, den Trotzki bereits 1932 folgendermaßen beschrieben hatte: „Der Fa-

schismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“ (Trotzki, „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“)

Der faschistische Staatsapparat erlangte zwar eine gewisse Selbständigkeit gegenüber der Bourgeoisie, aber er handelte in deren Interesse. Mit dem massiven Aufrüstungsprogramm wurden die Geldgeber der Nazis, die Stinnes, Flick, Thyssen und Co. reichlich belohnt.

Unter Hitler steuerte der deutsche Imperialismus direkt auf den II. Weltkrieg zu. Bis 1939 wurden für zivile Arbeitsbeschaffungsprojekte, einschließlich dem Autobahnbau, 5,5 Mrd. Reichsmark aufgewendet, für die Rüstung dagegen etwa 61 Mrd. RM. Die Parole „Lebensraum für das deutsche Volk“ bedeutete nichts anderes als neue Märkte und Rohstoffe für den deutschen Imperialismus. Für alle Maßnahmen im Interesse und Auftrag der profitgierigen Kapitalisten, für die Aufrüstung, die Eroberung neuer Rohstoffvorkommen, die Ausbeutung der Juden und Zwangsarbeiter bis zu deren physischer Vernichtung, lieferten die Nazis die ideologische Hülle. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde nicht nur zerschlagen, um bessere Bedingungen zu ihrer Ausbeutung zu schaffen, sondern auch um die Arbeiter auf die Schlachtbank des unvermeidlichen imperialistischen Krieges zu führen.

Der Faschismus ist der letzte Ausweg aus der Krise des Kapitalismus gewesen. Wenn der Kampf zwischen den bei-

Von je 100 Angehörigen einer Berufsgruppe waren 1935 Mitglied der NSDAP

Beamte, einschl. Lehrer (21)	
Selbständige (15)	
Angestellte (12)	
Bauern (8)	
Arbeiter (5)	



Aufmarsch der SA 1932: Durch das Versagen der Führungen der Arbeiterorganisationen konnten die Nazis gegen Ende der Weimarer Republik das Kleinbürgertum auf ihre Seite ziehen.

den Hauptklassen, Bourgeoisie und Proletariat, unentschieden bleibt, kann sich eine dritte Kraft, in diesem Fall die Faschisten unter Hitler, über die kämpfenden Klassen erheben. Der faschistische Staatsapparat, Polizei, Justiz, Wehrmacht, SS handelten zwar im In-

teresse der Kapitalisten, aber er machte ihnen auch Vorschriften (besonders seit dem „Vierjahresplan“ 1936: staatliche Regelung von Preisen, Löhnen, Art und Umfang der Importe). Auch Militärdiktaturen wie in Chile stellen solch eine dritte, scheinbar über den Klassen stehende Kraft dar. Der Unterschied zwischen dem Faschismus und einer Militärdiktatur besteht darin, daß der Faschismus eine Massenbasis besitzt. Seine besondere Stärke liegt darin, daß er sich nicht nur auf die Macht der Gewehre, sondern auch auf Millionen Anhänger, verzweifelte Kleinbürger und Lumpenproletarier stützt.

Neonazis

Die jüngsten Wahlergebnisse und die zunehmenden Aktivitäten der Neonazis zeigen einen gewissen Zulauf für den Neofaschismus. Dennoch: Der Faschismus steht nicht hinter der nächsten Ecke. Die damalige Massenbasis des Faschismus, das Kleinbürgertum, stellt heute einen viel geringeren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Teile des Kleinbürgertums gehen heute nach links.

Die Ereignisse in der vom Niedergang bedrohten Stadt Hattingen sowie jetzt auch in Rheinhausen haben angedeutet, wohin sich das Kleinbürgertum in der kommenden Weltwirtschaftskrise zunächst wenden wird. Alle Laden-

besitzer, kleinen Selbständigen und selbst die Pfarrer beteiligten sich an den Aktionen der Gewerkschaft. Erst nach langen Kämpfen, in denen die Arbeiterbewegung in der BRD immer wieder große Niederlagen erleiden würde, weil die Führung der Arbeiterbewegung keinen sozialistischen Ausweg aufzeigt, wäre eine Militärdiktatur in der BRD möglich.

Die Neonazis können heute lediglich die Rolle von Hilfstruppen der Reaktion spielen; Chancen, zu einer Massenbewegung zu werden, haben sie nicht.

Dennoch besteht die Gefahr, daß die neofaschistischen Schlägerbanden mit zunehmender Arbeitslosigkeit Zulauf

bekommen. Besonders von Jugendlichen, die ohne jede Perspektive auf einen Arbeitsplatz und eine selbständige Existenz leben. Deshalb muß die SPD ihnen die kapitalistischen Ursachen ihrer miesen Lage aufzeigen und ihnen eine sozialistische Lösung anbieten. Die Gewerkschaften sollten die Arbeitslosen in ihren Reihen organisieren und gemeinsam mit ihnen Arbeit für alle erkämpfen.

Auf den Staatsapparat der Kapitalisten dürfen wir uns nicht verlassen. Allein die Tatsache, daß Nazigrößen (Richter, Wehrmachtsgeneräle usw.) nach 1945 in ihm Karriere machen konnten und zum Teil noch heute fette Pensionen aus Steuergeldern beziehen, zeigt, auf wessen Seite dieser Staat steht.

Wo immer Neonazis auftauchen, müssen SPD und Gewerkschaften zu Gegenaktionen mobilisieren. Mit über 20 Millionen abhängig Beschäftigten, 7,7 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, über 900.000 SPD-Mitgliedern ist die Arbeiterbewegung in der BRD stark genug, um sich den Angriffen des niedergehenden Kapitalismus zu widersetzen und ihn durch eine sozialistische Gesellschaft zu ersetzen.

Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist, März 1988

NAZIS RAUS





Skinheads verprügeln Ausländer: Besonders unter Jugendlichen, die für sich keine Perspektive sehen, können die Neonazis Anhänger gewinnen.

Justiz und Neo-Nazis FAP-Prozeß in Aachen

Im Januar fand in Aachen an zwei Verhandlungstagen ein Prozeß gegen den FAP-Kreisvorsitzenden und Skinhead Reinhard Wolter statt. Dieser hatte im Oktober 1986 (!) einem „Redskin“ ein Bierglas ins Gesicht geschlagen und so eine 9 cm lange Wunde zugefügt, die auch, mit etwas Pech, zu lebensgefährlichen Verletzungen hätte führen können! Diese Mißhandlung begann der in Aachen als Nazi-Schläger bekannte FAP'ler während einer Bewährungszeit, die er auferlegt bekommen hatte, weil er eine hochschwängere Griechin zusammengetreten hatte!

Zum Prozeß mobilisierte die Juso-Schülergruppe per Flugblatt und durch Mund-zu-Mund Propaganda, Pressemitteilungen wurden von den Aachener Tageszeitungen nicht abgedruckt. An beiden Verhandlungstagen nahmen jeweils über 70 Demonstranten teil, was einen großen Mobilisierungserfolg darstellt. Beide Verhandlungen fanden vormittags statt, so daß viele Schüler die Schule schwänzten, um den Neo-Nazis zu zeigen, daß sich in Aachen ein Widerstand gegen sie formiert, der ihnen keinen Fußbreit Platz für ihre faschistische Propaganda lassen wird.

Im Prozeß selbst wurden die politischen Motive des Schlägers viel zu selten dargestellt. Bezeichnend ist auch, daß der Richter erst während der Verhandlung erfuhr, daß der An-

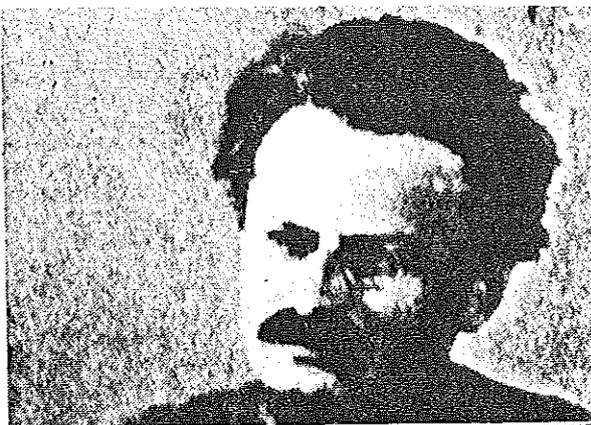
geklagte FAP-Vorsitzender in Aachen ist. Durch die Mobilisierung der Presse fand der Prozeß aber breite Erwähnung in den Aachener Tageszeitungen.

Der Urteilsspruch wurde dann zur Farce: Während der Staatsanwalt 10 Monate ohne Bewährung forderte, setzte der Richter diese Strafe wieder (!) zur Bewährung aus. Ein gemeingefährlicher Nazi-Schläger läuft also weiterhin frei herum und kann aktive Linke, auch uns Jusos, nahezu ungestört bedrohen und terrorisieren. Auch am Rande des Prozesses wurde deutlich, daß der bürgerliche Staatsapparat „links“ und „rechts“ mit zweierlei Maß mißt. Während die Neonazis im Gebäude ungehindert die Demonstranten fotografieren konnten, griff die Polizei ein, als ein Juso zurück „schoß“! Auch mußten Jusos, die im Gerichtssaal keinen Sitzplatz mehr fanden, den Raum verlassen, während neofaschistische Besucher, die ebenfalls standen, noch eine Zeugenbank zum Sitzen zur Verfügung gestellt bekamen.

Dieses Beispiel zeigt: Wir dürfen uns im Kampf gegen die Neo-Nazis nicht auf den bürgerlichen Staatsapparat verlassen! Nur die organisierte Arbeiterbewegung kann Erfolge im Kampf gegen den Neo-Faschismus erzielen.

Sascha Stanicic, Aachen
Jungsozialist, März 1988

Trotzki über Faschismus



Die folgenden Zitate wurden entnommen aus „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“ von Leo Trotzki, geschrieben am 27. Januar 1932. Trotzki war russischer Revolutionär, mit Lenin Führer der Oktoberrevolution, später entschiedener Gegner Stalins. In den 20er und 30er Jahren schrieb Trotzki grundlegende Analysen und Perspektiven über die Entartung der russischen Revolution, das Aufkommen des Stalinismus, Entstehen und Charakter des Faschismus. Besonders scharf geißelte er die Politik der Kommunisten in Deutschland, die mit ihrer Sozialfaschismus — Theorie zur Verwirrung und Spaltung der Arbeiterklasse beitragen und damit letztlich den Sieg Hitlers ermöglichte. Trotzki selbst wurde aus der Sowjetunion ausgebürgert, von Stalins Agenten in der ganzen Welt verfolgt und schließlich 1940 in Mexiko ermordet.

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernich-

ten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die kommunistische Partei.

Brünings Notverordnungen sind bloß der Anfang, ein Abtasten des Bodens. Das Brüningregime hält sich dank der feigen und treubruchigen Unterstützung der sozialdemokratischen Bürokratie, die sich selbst vermöge des mürrischen Halbvertrauens eines Teils des Proletariats hält. Das System bürokratischer Verordnungen ist unbeständig, unsicher, kurzlebig. Das Kapital braucht eine andere, entschiedenere Politik. Die Unterstützung der Sozialdemokratie, die sich nach den eigenen Arbeitern umsehen muß, ist nicht nur unzurei-

chend für seine Ziele, sie beginnt es bereits zu beenden. Die Periode der Halbmaßnahmen ist vorbei. Um zu versuchen, einen neuen Ausweg zu finden, muß sich die Bourgeoisie vollends des Drucks der Arbeiterorganisationen entledigen, sie hinwegräumen, zertrümmern, zersplittern. Hier setzt die historische Funktion des Faschismus ein. Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie unter Deckung des offiziellen Staates mit den Mitteln des Finanzkapitals und treibt sie zur Zertrümmerung der proletarischen Organisationen, der revolutionären wie gemäßigten.

Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die „normalen“ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Mas-

sen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche

Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat, vom Faschismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit: Hat sie einmal die Methoden des Bürgerkriegs zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben. Und die faschistische Agentur, die das Kleinbürgertum als Prellbock benutzt und alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, leistet diese Arbeit bis zum Ende. Der Sieg des Faschismus führt dazu, daß das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung bemächtigt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltung, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften. Die Faschisierung des Staates bedeutet nicht nur die Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -verfahren — auf diesem Gebiet sind die Veränderungen letzten Endes zweitrangig — sondern vor allem und hauptsächlich die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphen Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die eine selbständige Kristallisation des Proletariats unterbinden sollen. Darin besteht das Wesen des faschistischen Regimes.“

Adolf Hitler-Spende

Senden dem Reichsbankbuch der Deutschen Industrie und der Verwaltung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die sich zum Reichsbankbuch der Deutschen Industrie zum Zweck der Adolf Hitler-Spende vereinbart worden, daß bei allen bezugsfähigen Firmen der deutschen Industrie, die einen bestimmten Prozentsatz ihrer Erzeugnisse und Warenformen zum Herrn Reichskanzler zur freien Verfügung stellen, Sammlungen organisieren und von Deutschen bei Partei, bei SA, SS und bei anderen Organisationen nicht mehr herablassen dürfen. Unsere Firmen sollen diese Berechnung anfordern und die Sie Spende eines Spendenbogens, der die Summe 1 trägt, unabhängig bekommen. Sie bringen hier verzeichnete Firmen Spenden auszubehalten im Falle.

Freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit

Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

A.Nr. 000001 *Sinnliche deutsche Werke und Abteilungen*
 wie aus der Anlage ersichtlich

der *Siemens & Halske* *Lehrer-Gesellschaft*
 und der *Siemens-Schuckertwerke* *Lehrer-Gesellschaft*

ist in der „Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ mit einem Betrag von *100,-* Reichsmark beteiligt.

Berlin, im Jahr 1933

Das Kartell
Siemens & Halske

Siemens & Halske

Stoppt die Rechtsextremisten Sozialistische Offensive nötig!

Nach den Wahlerfolgen der DVU-Liste D in Bremen und Baden-Württemberg und den 7,5% der rechtsextremen „Republikaner“ bei den Berliner Wahlen herrschte allgemeine Bestürzung. Einige Linke fühlen sich in ihrer Auffassung bestätigt, daß die deutsche Arbeiterklasse in Zeiten der Krise nach rechts gehen würde.

Mit großangelegten Kampagnen werben die extrem rechten Parteien um Wählerstimmen. Der Wahlkampfetat der DVU-Liste D (einer Vereinigung aus DVU und NPD) für die Europawahlen beträgt mehr als FDP und Grüne zusammen veranschlagt haben: über 18 Mio. DM!

In ihrem Propagandamaterial setzen sie vor allem bei den Wählern an, die sich von den anderen Parteien enttäuscht sehen. Mit ausländerfeindlichen Parolen knüpfen sie an bestehende Vorurteile an. Bei den Europawahlen könnten sie durchaus erneut die 5% überschreiten.

Suche nach radikalen Lösungen

Es ist jedoch Vorsicht geboten vor zu schnellen Schlüssen. Der Zustrom zur extrem Rechten, die immer noch stark zerspittert ist, nährt sich aus verschiedenen Quellen. Eine gemeinsame Ursache ist jedoch die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und die Suche nach einer radikalen Lösung. Die meisten ihrer Wähler sind keine eingefleischten Nazis, sondern fühlen sich von den „alten Parteien“ enttäuscht.

Solange keine klaren Antworten auf die brennenden sozialen Fragen angeboten werden (und diese kann nur die SPD geben), sondern selbst in SPD-regierten Kommunen Sparpolitik betrieben wird und Kompromisse mit der Regierungskoalition eingegangen werden, können die rechtsradikalen Parteien weiterhin ihre „Antworten“ verkaufen.

In keinem Fall besteht allerdings die Perspektive einer eigenständigen faschistischen Massenbewegung, die Chancen zur Machtergreifung hat. Die Mittelschichten - kleine Handwerker, Beamte, Lehrer, Bauern - waren in den 30er Jahren die soziale Basis für die Nazis. Diese Schichten sind heute zahlenmäßig zusammengeschrumpft und stehen eher auf Seiten der Arbeiter und Angestellten. Die Berliner Polizisten, die Mitglieder bzw. Kandidaten für die Republikaner waren, sind die Ausnahme.

Nationale Front

Die rechtsextremen Gruppen rekrutieren vor allem unter den Langzeitarbeitslosen, entwurzelten Arbeitslosen und Jugendlichen. Dies ist jedoch in größerem Umfang nur dann möglich,

wenn zuvor die SPD versagt hat. Auch in Frankreich konnte die Front National Le Pens erst nach dem Versagen der SP/KP-Regierung von 1981-86 anwachsen. In seiner Hochburg Marseille war ein Zustrom erst nach dem Rückzug der beiden Arbeiterparteien aus den verfallenen Stadtteilen möglich, in denen sich Arbeitslose und Jugendliche ohne jede Perspektive dann nach anderen, vermeintlich radikaleren Lösungen umsahen. Aber schon bei den nächsten Kommunalwahlen hatte die Nationale Front wieder über die Hälfte an Stimmen verloren.

Die Rechtsextremen werden von der herrschenden Klasse wohlwollend geduldet, sogar teilweise finanziert. Das sieht man zum Beispiel an den Verfassungsschutzberichten, der Zurückhaltung staatlicher Organe gegenüber Rechtsextremen (jüngstes Beispiel: Die Waffenfunde bei dem Neonazi Michael Kühnen) oder auch der Stundung von Steuerschulden und der Zuerkennung von Gemeinnützigkeit. Die Rechtsradikalen dienen zur Ein-

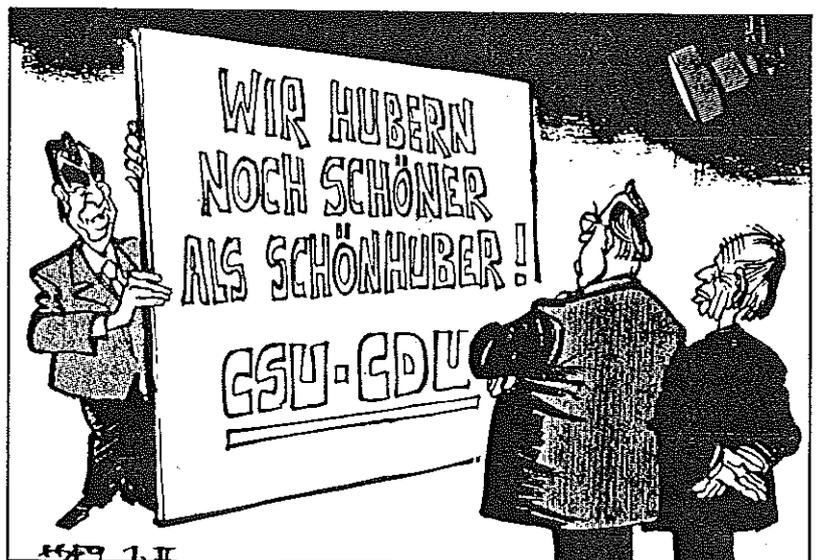
schüchterung und zur Rechtfertigung von „Recht- und Ordnungs“-Politik. Man darf das Problem nicht verharmlosen. Viele der über vier Millionen ausländischen Mitbürger sind von rechtsextremistischen Schlägertrupps bedroht und müssen von der organisierten Arbeiterbewegung verteidigt werden.

Gegenwehr organisieren

Es ist die Aufgabe von Gewerkschaften und SPD, den Nazis das Wasser abzugraben. Das bedeutet, sie müssen einen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend aufzeigen und für eine sozialistische Alternative mobilisieren.

Wo Nazis ihr Unwesen treiben, hilft nur organisierte Gegenwehr. Wo immer sie auftreten, müssen sie durch Gegenmobilisierung und Blockadeaktionen daran gehindert werden. Gewerkschaften und SPD müssen diesen Widerstand organisieren. Wo die SPD die Mehrheit in den Gemeinden und Städten hat, muß sie Nazi-Auftritte verbieten. Es darf keine Vermietung von öffentlichen Räumen und Plätzen für Nazis geben. Wenn nötig, müssen gewerkschafts- und SPD-eigene Selbstschutzgruppen aufgestellt werden, um alle bedrohten Veranstaltungen, Demonstrationen, Personen und Gebäude gegen faschistische Übergriffe zu verteidigen.

Ulf Petersen, Bremerhaven
Jungsozialist, März 1989



„Unser nächster Wahlslogan, ein genialer Einfall von meinem Generalsekretär!“

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot Nicht die Ausländer sind schuld, sondern die Kapitalisten!

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden ca. 19 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und „Gastarbeiter“ in der BRD aufgenommen. Damals befand sich die Wirtschaft in einer grundlegenden Wachstumsphase mit hohen jährlichen Zuwachsraten. Heute werden bereits 300.000 Flüchtlinge und Aussiedler als „Überflutung“ bezeichnet.

Dies zeigt, daß die von den Konservativen propagierte „Grenze der Aufnahmefähigkeit“ offenbar von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird und keine Frage der „Bewahrung des nationalen Charakters“ ist.

Solange die Wirtschaft floriert, sind Arbeitskräfte aus aller Welt willkommen. Sobald der Kapitalismus in die – unvermeidlichen – Krisen und Rezessionen kommt, sollen sie wieder abgeschoben werden. Seit Einbruch der ersten weltweiten Rezession von 1974/75 hat sich daher die Politik gegenüber Ausländern verschärft, durch Anwerbestopp, Zuzugssperre, Aushöhlung des Asylrechts usw.

Parallel dazu stiegen die sozialen Probleme trotzdem an: Arbeitslosigkeit, stagnierender oder sinkender Lebensstandard für weite Teile der Bevölkerung, Verschuldung der öffentlichen Hand, Abbau von Sozialleistungen, Wohnungsnot usw.

Doch wer ist verantwortlich für diese Situation? Ist es der Asylbewerber aus Sri Lanka, der entscheidet, daß Zechen und Stahlwerke an der Ruhr geschlossen werden? Ist es der Aussiedler aus Rumänien, der beschlossen hat, den sozialen Wohnungsbau einzustellen?

Profite steigen

Nein, für Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sind die Kapitaleigner in Banken und Großkonzernen und ihre politischen Handlanger in der Regierung verantwortlich. Sie wollen die Krise ihres Systems auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung austragen – der deutschen wie der ausländischen.

Dabei haben sie ihre Profite in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Auch 1988 sind die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (laut Statistischem Bundesamt) wieder um 10,5% auf 459 Milliarden DM gestiegen. Das ist fast doppelt so hoch wie 1980, als sie 242 Mrd. DM betragen. Allein ein Konzern wie Siemens verfügte Ende 1988 über flüssige Reserven von 24 Mrd. DM. Die Großbanken verzeichneten in den 80er Jahren Rekordgewinne. Für die drei Chemie-Giganten BASF, Bayer und Hoechst war das Jahr '88 „das beste Jahr der Unternehmensgeschichte“, mit Gewinnsteigerungen um plus 25%. Neugeschaffene Arbeitsplätze in der Chemiebranche dagegen: plus 0,6%, ganze 4000.

Die wahren Jobkiller sitzen in den

schon und ausländischen Kollegen erwirtschafteten Reichtum ließen sich spielend Millionen neuer Arbeitsplätze oder Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle finanzieren.

Umverteilung

Und wie steht es mit der Behauptung der Bundesregierung, Gesundheitswesen und Renten seien so nicht mehr länger finanzierbar, ganz zu schweigen von einem massiven Ausbau im Sozial-, Bildungs- und Wohnungswesen? Damit werden gleichzei-

weiterhin in die Atomwirtschaft: 10 Mrd. DM wird die WAA in Wackersdorf kosten, der Schnelle Brüter in Kalkar ist schon heute eine 7-Mrd.-Ruine. Geld ist genug vorhanden – es befindet sich nur in den falschen Taschen.

Spaltungs- und Ablenkungsmanöver

Doch genau davon soll mit der Propaganda über die angebliche „Aussiedler- und Asylantenschwemme“ abgelenkt werden. Kapital, Rechtsparteien und bürgerliche Medien wollen weismachen, daß dieser „Zustrom“ nicht mehr verkraftbar sei und einen Sündenbock für die Probleme präsentieren. Damit verfolgen sie vor allem zwei Ziele:

- von den wahren Ursachen abzulenken, die in der Krise ihres Profitsystems liegen, und
- Spaltung in die Arbeitnehmerschaft hineinzutragen und sie gegeneinander aufzuwiegeln nach dem Motto „Teile und Herrsche“.

Und je vielfältiger diese Spaltung, umso besser für die Unternehmer; dar-



Appelle wie „Seld nett zueinander“ treffen nicht den Kern der Sache. Auch Rassisten können z.B. griechische Tänze mögen.

tig Ängste geschürt, die wenigen vorhandenen Wohnungen würden von Aussiedlern weggeschnappt, sie erhielten höhere Renten und würden privilegiert. Doch für den „Jäger 90“ (geschätzte Gesamtkosten 100 Mrd. DM), für ein Milliardengeschänk an Daimler/MBB, für eine Steuerreform zugunsten der Reichen ist Geld vorhanden.

Die Pharmaindustrie, die Milliarden aus den Krankenkassen herausholt, bleibt unangetastet. Die profitablen Bereiche der Post, aus denen bislang rund 4 Mrd. DM an den Bundeshaushalt abgeführt wurden, sollen durch Postzerschlagung und -privatisierung den Elektrokonzernen über-

um die unterschiedliche Behandlung von EG-Ausländern und solchen aus Drittländern, von Aussiedlern und Asylbewerbern, von Asylbewerbern aus Ostblockländern gegenüber solchen aus der Dritten Welt usw. Dies läuft hier genauso ab, wie auch innerhalb der einheimischen Arbeiterschaft bewußt differenziert und versucht wird, verschiedene Schichten gegeneinander auszuspielen: Arbeiter gegen Angestellte, beide Gruppen gegen Beamte, Männer gegen Frauen, ältere Arbeiter gegen jüngere, „Besserverdienende“ gegen untere Lohngruppen, Stammbelgschaft gegen Leiharbeiter usw.

Damit soll verhindert werden, daß

und Sozialhilfeempfänger – ausländische wie deutsche – ihre gemeinsamen Interessen erkennen und gemeinsam für Arbeitsplätze und einen angemessenen Lebensstandard kämpfen. Ein deutscher Arbeiter hat mehr gemeinsame Interessen mit seinem ausländischen Kollegen als mit „seinem“ Unternehmer.

Es ist deshalb auch vollkommen heuchlerisch, zwischen wirtschaftlichen und politischen Fluchtmotiven zu unterscheiden. Die wirtschaftliche Misere in der Dritten Welt hat politische Gründe, weil diese Länder bewußt unterentwickelt und in Abhängigkeit von den Industrieländern gehalten werden. Diktatorische Regime von Pinochet bis Botha werden vom Westen gefördert und unterstützt.

Aussiedler

Auch die Politik gegenüber Aussiedlern ist durch und durch zynisch. Zum einen wird Nationalismus geschürt, indem auf das „Deutschtum“ der Aussiedler abgehoben wird. Durch kleinere Sonderprogramme für Aussiedler z.B. im Wohnungsbau soll die Wut über Wohnungsnot auf die Aussiedler abgelenkt werden, weg von den wahren Verantwortlichen.

Natürlich kommen die meisten Aussiedler nicht wegen ihres „Deutschtums“, sondern weil sie – ebenso wie Asylbewerber – der rapiden Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse und politischer Unterdrückung entkommen wollen. Hier geraten sie dann zwischen die Mühlsteine sich widersprechender Strategien der Konservativen, die sich nicht entscheiden können, ob sie die Aussiedler lieber für nationalistische oder für ausländerfeindliche Propaganda mißbrauchen wollen.

Verantwortung

Verantwortlich für die um sich greifende Ausländerfeindlichkeit sind also Kapital und Rechtsparteien. Doch daß DVU, Republikaner und NPD in letzter Zeit solche Wählerzuwächse verbuchen konnten, liegt auch daran, daß auf Seiten der Linken, insbesondere von SPD- und Gewerkschaftsführung, keine klaren Alternativen aufgezeigt wurden.

Bereits zu Zeiten der sozialliberalen Koalition wurden ausländer- und asylrechtliche Bestimmungen verschärft. Als die Kohlregierung im Bundestagswahlkampf 1986/87 die „Asylantenschwemme“ (damals: Flüchtlinge, die über Ostberlin einreisten) inszenierte, war es Egon Bahr, der mit der DDR-Führung die „Schließung“ der Mauer von der anderen Seite aushandelte. Die SPD-Führung wollte sich dieser Tat sogar noch in einem eigens produzierten Wahlkampf-Flugblatt rühmen, was nur durch heftige Proteste an der Parteibasis verhindert wurde. Oskar Lafontaine und andere Parteilinke ebenso wie sozialdemokratische Oberbürgermeister in den Kommunen wenden sich gegen den ungebremsten „Zustrom von Aussiedlern“.

Dies alles trägt – wenn auch ungewollt – mit dazu bei, in der Bevölkerung den Eindruck zu verstärken, Aussiedler und Asylbewerber verursachten zunehmende soziale Probleme und seien nicht mehr verkraftbar.

Andere Linke wiederum beschränken sich auf moralische Appelle, propagieren das nachbarschaftliche „Seid nett zueinander“ und sehen die Hauptaufgabe darin, die Kulturen einander näherzubringen.

Gemeinsamer Kampf

Natürlich ist es richtig, die menschenunwürdige und unmoralische Behandlung der Ausländer/Aussiedler anzuprangern. Doch das allein trifft noch nicht den Kern der Sache. Rassisten und Rechtsextreme können durchaus in die Pizzeria gehen und griechische Musik mögen. Schönhuber hat eine Villa in der Türkei. Andererseits ist nicht jeder, der mit türkischer Musik nichts anfangen kann, ein Rassist.

Um Rassismus und Nationalismus den Boden zu entziehen, müssen SPD und Gewerkschaften die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme, die gemeinsamen materiellen Interessen von deutschen und ausländischen Arbeitern aufzeigen und einen gemeinsamen Kampf organisieren. Oder anders gesagt: Die Durchsetzung eines massiven Wohnungsbauprogramms wird rückständige Wähler der Republikaner mehr überzeugen als moralische Appelle.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin April, 1989

Göttingen

Polizei vertuscht Mordversuch und tut nichts

Nach der Demonstration am Abend des 26. November 1989 wurde Sebastian B. ohne offensichtlichen Grund brutal niedergestochen – vermutlich von einem Nazi-Skinhead.

Er kam mit einem Freund vom Bahnhof und unterhielt sich mit ihm über die eben stattgefundene Demo, als sie an der Ampel Ecke Berliner Straße/Godehardstraße einen Skinhead bemerkten. Der schnitt Grimassen, wurde aber von Sebastian und seinem Freund nicht beachtet. Als die Provokation nichts fruchtete, ging er weiter. Nach ca. 20 Metern drehte er sich um. Da Sebastian seinen Blicken „frecherweise“ standhielt, statt verschämt auf den Boden zu blicken, kam der mit einer Hand auf dem Rücken zurück und fragte: „Habt Ihr was vor?“ Auf Sebastians Antwort „Wir haben nichts vor“ stieß der Skinhead blitzschnell und brutal mit einem Messer zu. Er zerfetzte die Milz (sie mußte entfernt werden) und verletzte die Lunge von Sebastian.

Sebastian und sein Freund rannten über die Kreuzung, wo drei Mannschaftswagen der Polizei standen. Die Polizei rief den Notarzt. Statt dem Täter mit einem Mannschaftswagen zu folgen, nahm sie die Personalien von Sebastians Freund auf. Erst dann schickte die Polizei dem Täter 3-5 Beamten zu Fuß hinterher.

Totgeschwiegen

Auf eine Anfrage am Dienstag (28.11.), ob man den Täter durch eine Fotokartei identifizieren könne, wurde gesagt, man solle doch auf eine Vorladung warten, dann könne man

weitersehen. Tatsächlich wurde auch während der Vorladung, die erst am Freitag (1.12.) erfolgte, eine Einsicht in die Karteikarten schroff abgelehnt. Es hätte doch eh keinen Sinn und ihm, dem zuständigen Polizeibeamten, sei bei der Durchsicht der Kartei kein einziger Mann mit kurzen blonden Haaren aufgefallen. Zudem bestehe kein Anlaß zu vermuten, daß der Täter politisch motiviert sei. Basta!

Doch das Verhalten des vernehmenden Polizeibeamten wurde immer suspekter: Selbst wenn Sebastians Freund die Kartei einsehen dürfe, wisse er denn, ob der Täter nicht gefärbte Haare hatte oder auf dem Karteifoto lange Haare trägt? Eine Zeichnung anzufertigen hätte auch keinen Sinn, da das nur 48 Stunden nach der Tat sinnvoll sei und nach der Demo hätte man keine Zeit gehabt.

Während jeder Kaugummiautomatenbruch gleich der Presse weitergegeben wird, wurde die Tatsache, daß fast wieder ein Menschenleben verlorengegangen wäre, völlig verschwiegen. Auf eine Anfrage bei der Polizei antwortete der Beamte: „Wir hatten so viel, daß uns der Fall nicht wichtig genug war.“ Zynischer geht es kaum! Die Polizei ist auf dem „rechten“ Auge blind!

Wir fordern sofortige Publikation des Mordversuchs an Sebastian und intensive Ermittlungen der Polizei. Auf die Polizei können wir uns nicht einfach verlassen. SPD und Gewerkschaften in Göttingen sollen öffentlich Druck machen.

Christian Römer, Göttingen
Jungsozialist Februar 1990

Republikaner Sind die Rep's faschistisch?

Das Erstarken der Republikaner um Franz Schönhuber hat in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine Diskussion über den Charakter dieser Partei ausgelöst, die gleichzeitig auch eine Diskussion über Gegenstrategien darstellt.

In vielen europäischen Ländern ist ein Anwachsen rassistischer und nationalistischer Bewegungen zu verzeichnen. Wegen der zwölfjährigen Erfahrung mit der Nazi-Diktatur in Deutschland beschäftigt aber gerade in der BRD viele Menschen die Frage: Wie kann es vor dem Hintergrund dieser Geschichte zu einem Erstarken der Republikaner kommen?

Betrachten wir zunächst einmal die Gründe für Entstehung und Entwicklung der Nazis. Seit der Revolution von 1918/19 hatte die Führung von SPD und KPD mehrere Chancen vertan, die Gesellschaft auf Grundlage von Verstaatlichung und demokratisch kontrollierter Planwirtschaft zu organisieren.

Rolle der Nazis

1919 war die NSDAP (unter anderem Namen) gegründet worden. Zunächst war sie nichts anderes als eine nationalistische Sekte. Bis Ende der 20er Jahre durchlief sie eine unabhängige Entwicklung ohne großartige Förderung der Kapitalisten als Klasse, die erst noch andere Mittel zur Lösung ihrer Krise ausprobierten, z.B. die Präsidialdiktaturen unter Brüning und Schleicher, wo das Parlament zwar pro forma noch existierte, aber keine Entscheidungsbefugnisse mehr hatte.

1929 wurde das kapitalistische System von einer tiefen Krise geschüttelt. In dieser Situation sah das Kapital als einzige Lösung den Faschismus. Er ist so ein Phänomen des Niedergangs des Kapitalismus. Seine Hauptaufgabe besteht in der Zerschlagung der unabhängigen Organisationen der Arbeiterklasse. Leo Trotzki, der in den 30er Jahren wegweisende Schriften zum Thema Faschismus verfaßte, schrieb 1932:

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterrör. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand der erzwungenen Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören...“ (aus: „Was nun? Schicksalsfrage des deutschen Proletariats“)

Massenbewegung

Um diese Aufgabe zu erfüllen war eine Massenbewegung nötig, die ihrerseits Menschenmassen gegen die Arbeiterklasse in Bewegung bringt. Der Faschismus stützte sich auf das Kleinbürgertum, vor allem auf Bauern, kleine Gewerbetreibende und freie Handwerker. Außerdem fand er eine Basis vor allem bei denjenigen, die früher selbständig waren und durch die Entwicklung des Kapitalismus ihre Existenzgrundlage verloren hatten und ins Lumpenproletariat abgestürzt waren.

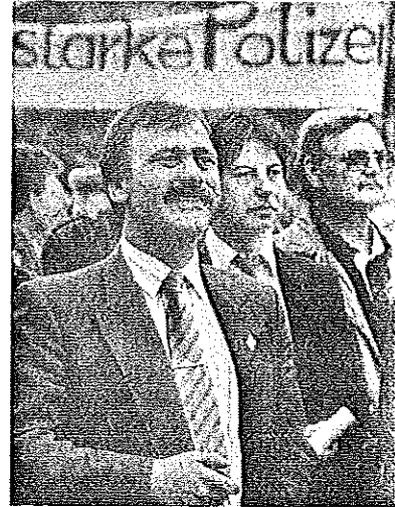
„Das rasche Wachstum des deutschen Kapitalismus vor dem Kriege bedeutete bei weitem nicht die einfache Aufreibung der Mittelklassen; während er einzelne Schichten des Kleinbürgertums zugrunde richtete, schuf er wieder neue: Handwerker und Krämer um die großen Betriebe herum, Techniker und Angestellte in den Betrieben.“

„Aber während sie sich zahlenmäßig hielten – das alte und das neue Kleinbürgertum umfaßt nicht viel weniger als die Hälfte des deutschen Volkes – büßten die Mittelklassen den letzten Schatten von Selbständigkeit ein; sie lebten am Rande der Schwerindustrie und des Bankensystems, sie aßen die Brosamen vom Tisch der Kartelle, sie lebten von den geistigen Almosen ihrer alten Theoretiker und Politiker.“
(aus: „Portrait des Nationalsozialismus“, 1933)

Das Kleinbürgertum bildete damals noch ca. 40% der Bevölkerung und war besonders hart von Krise und Inflation getroffen. Dies führte zu einer Radikalisierung dieser Schichten. Während und nach der Novemberrevolution 1918 standen weite Teile des Kleinbürgertums auf Seiten der Sozialisten. Über Jahre hinweg orientierten sie sich an SPD und KPD. Daß dieselben Schichten nur wenige Jahre später Hoffnungen in die Nazis hatten, ist die Folge der verpaßten Chancen, den Kapitalismus zu stürzen.

Programmatisch hatte die NSDAP nichts zu bieten. Sie versprach allen alles, benutzte aber sehr geschickt eine soziale Demagogie, mit der sie das frustrierte Kleinbürgertum und rückstän-

dige Teile der Arbeiterklasse gewinnen konnte. So bot sie sich der herrschenden Klasse als das geeignete Instrument zur Spaltung und dann Zerschlagung der organisierten Arbeiterklasse an. Und nur deshalb wurde Hitlers Partei zur Macht verholfen, nicht etwa um das Parteiprogramm umzusetzen.



Republikaner Andres: Die Forderung nach „mehr Recht und Ordnung“ soll durch eine starke Polizei durchgesetzt werden.

Kräfteverhältnis heute

Im Vergleich zu den 30er Jahren hat sich das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft geändert. Der während des Nachkriegsaufschwungs einsetzende Konzentrationsprozeß des Kapitals führte zur Verwandlung vieler Angehöriger des alten Kleinbürgertums in Lohnabhängige. So sind heute in der BRD 87% der Bevölkerung lohnabhängig, nur noch ca. 10% dem Kleinbürgertum zuzurechnen.

Damit haben sich die Bedingungen für eine faschistische Massenbewegung grundlegend geändert. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Faschisten heute keine Gefahr darstellen oder nicht zu einer politischen Kraft werden könnten. Denn trotz der Tendenz der Proletarisierung hat sich teilweise noch kleinbürgerliches Bewußtsein erhalten, trotzdem bestehen noch vielfältige Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse, z.B. in Arbeiter und Angestellte, ausländische und deutsche Kollegen.

Erstarken neofaschistischer Tendenzen

Das erste Erstarken neofaschistischer Tendenzen nach dem 2. Weltkrieg sahen wir Ende der 60er Jahre als Folge der ersten Nachkriegsrezession. In dieser Zeit befand sich die SPD in einer großen Koalition mit der CDU. So konnte die NPD sich als einzige radikale Alternative anbieten und zog in viele Landtage ein. Die Reformpolitik der folgenden sozialliberalen Koalition auf Bundesebene konnte den Faschisten damals aber den Wind aus den Segeln nehmen. Heute leben wir im 8. Aufschwungjahr nach der Rezession von 1982/83 und die Kohlregierung betreibt nichts als Reformabbau. Dies führte zu einer Polarisierung in der Gesellschaft, deren Produkt soziale Phänomene wie die Republikaner sind.

Der faschistische Charakter der Reps ergibt sich aus der Rolle, die sie heute spielen und aus der sozialen Dynamik ihrer Entwicklung. Heute ist nicht im entferntesten an eine faschistische Machtergreifung zu denken.

Sie würde weder die nötige Massenbasis in der Bevölkerung finden, noch würde ihr die Bourgeoisie die nötige Unterstützung gewähren, denn diese hat sich mit Hitler einmal die Finger verbrannt und wird in Zukunft vorsichtiger sein.

Sie sollen heute die Spaltung der Arbeiterklasse herbeiführen bzw. vertiefen, hier vor allem die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kollegen. Die andere Aufgabe ist, die Regierungspolitik nach rechts zu drücken. Im Frankfurter Kommunalwahlkampf sah man in der rassistischen CDU-Propaganda ein gutes Beispiel dafür: der staatliche Rassismus soll erweitert werden.

Republikaner

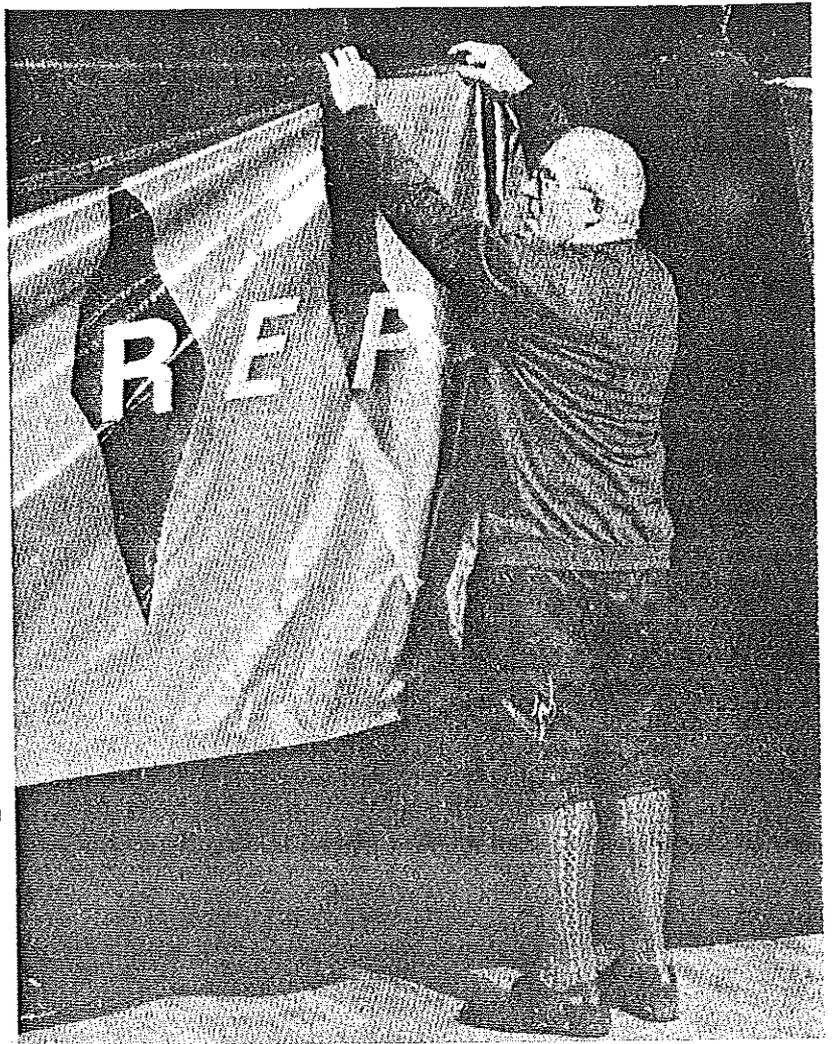
Ende November 1983 wurden die Reps in München-Oberföhring gegründet. Nach dem von Strauß eingeleiteten Milliardenkredit an die DDR ging es frustrierten CSU-Dissidenten um den Aufbau einer „Anti-Strauß-Partei rechts von der Mitte“.

Das Programm der Republikaner ist nicht offen faschistisch. Das ist aber auch kein Wunder, auch die NSDAP hatte die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und die Judenvernichtung nicht im Programm stehen. Auch sie versuchte immer wieder, sich auf den „Boden der Verfassung“ zu stellen.

Im Laufe der letzten Jahre traten immer mehr ehemalige NPD- oder DVU-Mitglieder den Republikanern bei, oder Ex-Mitglieder anderer neofaschistischer Gruppen. Diese Leute finden sich auf allen Ebenen des Funktionärskörpers der Partei wieder. Aber, um es hier noch einmal zu betonen, nicht, was im Programm steht oder welche Leute Mitglied sind macht den faschistischen Charakter einer Partei aus, sondern einzig und allein ihre Funktion als Spaltungs-, Schwächungs- oder Zerstörungsinstrument der Arbeiterklasse. Die Republikaner sind von der Tendenz und von der Rolle her, die sie augenblicklich in der Gesellschaft spielen, faschistisch. Allerdings muß man derartige Entwicklungen sehr genau beobachten. Diese Tendenz könnte sich wieder ändern, z.B. könnte eventuell sogar durch Abspaltungen von den Reps eine anderen Gruppierung oder Partei die führende Rolle als Spalter zufallen.

Die soziale Basis der Reps ist vielschichtiger als die der Nazis. Ihre Wählerschaft setzt sich zum Teil aus klassischen Kleinbürgern, aber auch Langzeitarbeitslosen oder enttäuschten Arbeitern zusammen. Schönhubers Leute verstehen es, die bestehenden Unzufriedenheit aufzugreifen, indem sie in ihrer Propaganda immer wieder geschickt die Probleme des „kleinen Mannes“ aufgreifen: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Bauernsterben usw. Daß heute aber eine Partei wie die Reps überhaupt wieder stark werden kann, ist ein deutliches Zeichen für die Krise der kapitalistischen Gesellschaft.

Es ist aber auch ein Zeichen für die Schwäche der SPD. Die Politik der Parteiführung zeigt kaum Alternati-



Die heutige Aufgabe der Republikaner ist es, die Spaltung der Arbeiterklasse herbeizuführen oder zu vertiefen.

ven zur Politik der Regierungskoalition auf, sondern arbeitet teilweise sogar mit dieser zusammen (z.B. beim Rentenkompromiß). Das Potential der Unzufriedenen wandte sich so nach rechts.

Um den Einfluß der Republikaner zurückzudrängen muß die Parteiführung den Kampf gegen die Angriffe der Bundesregierung auf Lebensstandard und Rechte der arbeitenden Bevölkerung aufnehmen. Gleichzeitig müssen wir über SPD und Gewerkschaften eine offensive Kampagne gegen die Propaganda der Republikaner führen und so ihren Spaltungsversuchen die Einheit der Arbeiterklasse entgegensetzen.

Die Machtergreifung der Faschisten ist heute zwar ausgeschlossen, aber wenn wir es in den nächsten 10-20 Jahren nicht schaffen, die große Mehrheit der Lohnabhängigen für die Entmachtung des Kapitals und eine demokratische Planwirtschaft zu mobilisieren, können die Kapitalisten sich bei zugespitzter Krise auch in Westeuropa gezwungen sehen, die parlamentarische Demokratie durch eine Militär- und Polizeidiktatur zu ersetzen.

Sascha Stanicic, Aachen
Jungsozialist

September 1985

Literaturhinweise:

Leo Trotzki: „Was ist Faschismus?“ (aus einem Brief, 1931); „Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage“ (1931); „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“ (1932); „Der einzige Weg“ (1932); „Der deutsche Bonapartismus“ (1932); „Gespräch mit einem sozialdemokratischen Arbeiter“ (1933); „Portrait des Nationalsozialismus“ (1933); „Bonapartismus und Faschismus“ (1934). Enthalten in: Leo Trotzki, Schriften über Deutschland. Hrsg. H. Dahmer, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main, 1971.

Die Massenbasis der Faschisten waren Millionen verarmter Bauern, bankrotte Kleinhandl er, ruinierte Gesch ftleute, verzweifelte Kleinbürger und Dauer-Arbeitslose, die sich von ihrer Klasse entfremdet hatten.

Die Nazis wurden insgeheim vom Großkapital finanziert und in den Sattel gehoben. Die Hauptaufgabe bestand darin, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, sämtliche Zugeständnisse, die sich die Arbeiterklasse in der November-Revolution und in den 20er Jahren erkämpft hatte, wegzunehmen, damit rücksichtslose Ausbeutung betrieben werden konnte.

Um dafür genügend Kräfte zu mobilisieren, stützten sie sich mit geschickter, z.T. antikapitalistischer und gegen das „raffende Kapital“ gerichteter Demagogie auf die Mittelschichten. Und diese bildeten dann das menschliche Reservoir, mit dem der riesige faschistische Unterdrückungs- und Bespitzelungsapparat aufgebaut werden konnte. Der entscheidende Grund, weshalb der Fa-

schismus wieder wegzunehmen, werden die Arbeiter damit nicht einverstanden sein. Sie werden nicht automatisch nach rechts gehen, sondern durch betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe ihre Interessen verteidigen und Klassenbewußtsein entwickeln.

Nur wenn die kommenden Kämpfe zwischen Arbeiterbewegung und herrschender Klasse in erneuten großen Niederlagen für uns enden, ist es überhaupt möglich, daß es wieder zu einer totalitären Diktatur kommt. Dies würde dann eine Militärregierung sein, die – im Unterschied zum Faschismus – keine Massenbasis in der Gesellschaft hat und daher von vornherein viel schwächer wäre.

Die Herrschenden halten sich die Neonazis heute als Hilfstruppen, um zu spalten und zu terrorisieren. Kapitalisten geben ihnen großzügige Spenden und der Staat macht ihnen allerlei finanzielle Zugeständnisse.

In Zeiten wirtschaftlicher Krise mit zunehmender Arbeitslosigkeit wird es den Nazis gelingen, immer wieder gewissen Zulauf zu bekommen. Jugendliche und Erwachsene, die verzweifelt sind oder eine enorme Wut über die Zustände empfinden, werden auf die einfach gezimmerte Demagogie hereinfallen.

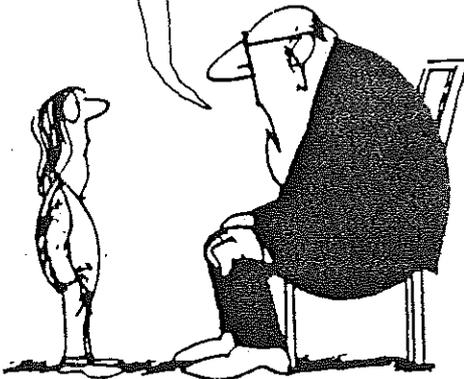
Es ist Aufgabe von Gewerkschaften und SPD, den Nazis das Wasser abzugraben. Bürgerliche Kräfte und Parteien werden dazu nicht in der Lage sein. Denn dazu ist es nötig, einen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend aufzuzeigen und für eine sozialistische Alternative zu mobilisieren. Den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus können oder wollen bürgerliche Kräfte nicht sehen. Die faschistische Gefahr kann aber nur dann mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, wenn das kapitalistische System besetzt ist. Die SPD

muß eine offensive sozialistische Politik betreiben und damit den Leuten, die anfällig für Nazi-Propaganda sind, eine echte Zukunftsperspektive bieten. Selbst Jugendliche, die sich rechteradikalen Jugendb nden angeschlossen haben, können durch Erklären der wahren Ursachen ihrer miesen Lage vom Rechtsradikalismus abgebracht und für sozialistische Ideen gewonnen werden.



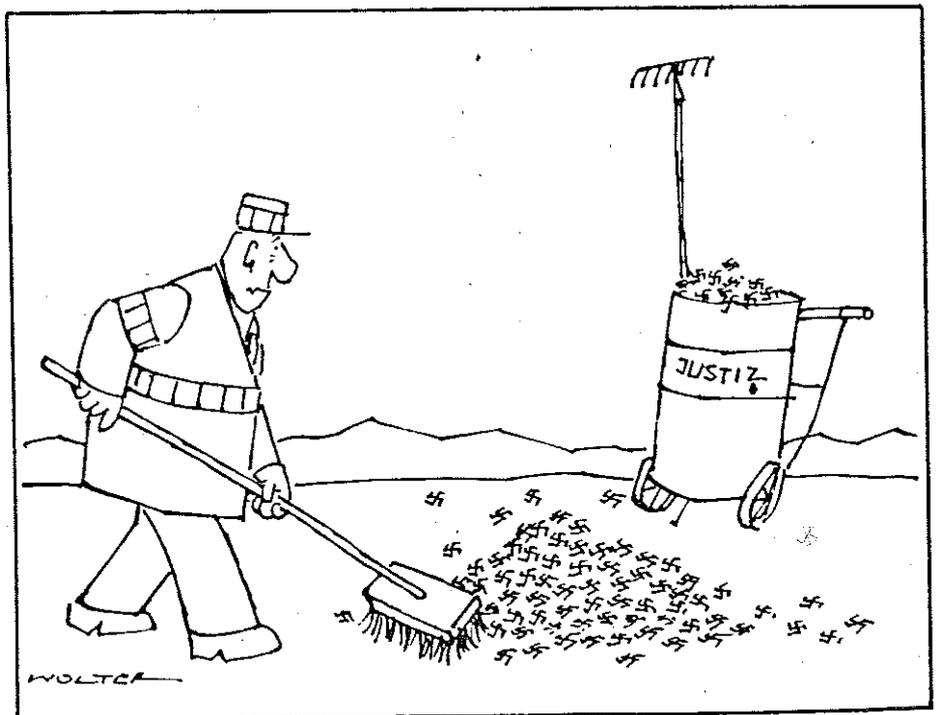
Wo Nazis Ihr Unwesen treiben, hilft nur eins: organisierte Gegenwehr. Wo immer sie auftreten, müssen sie durch Gegenmobilisierung und Blockadeaktionen daran gehindert werden. Gewerkschaften und SPD müssen diesen Widerstand organisieren. Wo die SPD die Mehrheit in den Gemeinden und Städten hat, muß sie Nazi-Auftritte verbieten. Es darf keine Vermietung von öffentlichen Räumen und Plätzen für Nazis geben. Wenn nötig müssen Gewerkschafts- und SPD-eigene Selbstschutzgruppen aufgestellt werden, um alle bedrohten Veranstaltungen, Demonstrationen, Personen und Gebäude gegen faschistische Übergriffe zu verteidigen.

... UND DANN KAMEN 1933
VIELE BRAUNE LEBEWESSEN
AUS DEM WEISSTAL, MORDETEN UND
BRANDSCHATZTEN ÜBERALL
UND VERSCHWANDEN 1945
WIEDER VON DER ERDE.....



schismus heute nicht mehr an die Macht kommen kann, ist der, daß das Kleinbürgertum als Klasse kaum mehr vorhanden ist. Die Bauernschaft ist z.B. von fast 30% Anfang der 30er Jahre auf weniger als 8% zusammengeschrumpft.  ber 80% der erwerbstätigen Bevölkerung sind heute lohnabhängig. Das heißt, das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft hat sich stark zugunsten der Arbeiterklasse verschoben.

Das sieht man auch daran, daß die Kapitalisten in der Nachkriegszeit gezwungen waren, die gr o ten Zugeständnisse aller Zeiten an die Lohnabhängigen zu machen. Und wenn jetzt in der Krise versucht wird, diese Zugest nd-



„Der Rest kommt unter den Teppich“